GENDER OPEN REPOSITORIUM

Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte

Mayer, Stefanie; Ajanovic, Edma; Sauer, Birgit

2018

https://doi.org/10.25595/3585

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mayer, Stefanie; Ajanovic, Edma; Sauer, Birgit: *Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 1, 47–61. DOI: https://doi.org/10.25595/3585.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.05

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte

STEFANIE MAYER. EDMA AJANOVIC. BIRGIT SAUER

Gleichstellungspolitische Errungenschaften feministischer Bewegungen und die Liberalisierung von Sexualpolitiken als Folge der Kämpfe von LGBTIQ-Aktivist_innen gehören – ebenso wie die Institutionalisierung der akademischen feministischen Forschung bzw. der Gender Studies – zu den zentralen Erfolgen, die soziale Bewegungen in Europa seit den 1970er-Jahren erkämpfen konnten. Dies sind allerdings nicht ‚nur' Erfolge *für* Frauen oder *für* Lesben, Schwule und Transgender-Personen, sondern wesentliche Schritte zur Demokratisierung europäischer Gesellschaften: Die damit erst möglich und lebbar gewordenen pluralen Lebensformen, die – wenn auch stets prekäre – Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und nicht zuletzt die kritische Wissensproduktion, die sich gegen bestehende Diskriminierung richtet und für mehr soziale Gleichheit einsetzt, lassen sich auch als Arbeit an einer umfassenderen Demokratisierung verstehen, als dies liberale Demokratien anvisieren. Emanzipatorische Bewegungen geben sich nicht mit der formalen politischen Gleichheit von Staatsbürger_innen zufrieden, sondern verstehen Demokratie als gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe *aller* und Demokratisierung in diesem Sinn als andauernden, umkämpften und unabschließbaren Prozess (Sauer/Wöhl 2012, 346; Demirovic 2013).

Aktuell scheint allerdings europaweit das gleichstellungspolitisch Erreichte – sei es die (relative) Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, der Anspruch von Frauen auf autonome Lebensentscheidungen, die Möglichkeit der Integration von Geschlecht und Sexualität in wissenschaftliche Paradigmen oder die Inklusion von Frauen in patriarchale Sprachmuster – in Frage gestellt (Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017). Ein aggressiver Gegendiskurs, der sich selbst als ‚anti-genderistisch' bezeichnet,[1] arbeitet an der (Re-)Traditionalisierung und (Re-)Naturalisierung von Geschlechterverhältnissen, strebt die klassische Kleinfamilie an und setzt Heterosexualität als einzig *natürliche* – und damit einzig ‚normale' und ‚akzeptable' – Lebensweise absolut. Diese Ablehnung emanzipatorischer Errungenschaften wird vom selbsternannten ‚Anti-Genderismus' zu einem Teil des Kampfes gegen den (vermeintlichen) Liberalismus und Kosmopolitismus der Eliten und gegen die neoliberale Hegemonie in der Arbeitswelt oder in der sozialen Sicherung umgedeutet. Dies erfolgt ungeachtet der Tatsache, dass gerade feministische und queere Bewegungen zu den schärfsten Kritiker_innen neoliberaler Projekte zählen, auch und gerade weil einzelne gleichstellungspolitische Forderungen in diesem Kontext umgesetzt, angeeignet und entpolitisiert wurden (McRobbie 2010; Fraser 2013). Die Attraktivität von Anti-Gender-Diskursen rührt daher nicht zuletzt aus ihrer entlastenden Funk-

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.05

tion bei der Bearbeitung der aktuellen multiplen Krisen und der Erfahrungen umfassender Prekarisierung (Wimbauer/Motakef/Teschlade 2015; Grzebalska 2016): Sie deuten die Verunsicherung durch neoliberale Prekarisierungsprozesse als durch den Umbau patriarchaler Geschlechterordnungen verursacht und beschwören z.B. den Verlust von Männlichkeit. Kurzum: Im Kampf gegen Geschlechtergleichstellung und gegen die Anerkennung sexueller Differenz wird ein Kampf um kulturelle Hegemonie sichtbar, der sich gegen die sozialen Errungenschaften und gegen demokratische Kompromisse der 1970er-Jahre wendet.

In unserem Beitrag möchten wir am Beispiel Österreichs zeigen, dass sich der Hass auf Gleichberechtigung, der Wunsch nach Reetablierung traditioneller hierarchischer Geschlechterverhältnisse und der Wille zur Diffamierung und Diskriminierung jeder Form von Sexualität jenseits heterosexueller Vorstellungen in breitere rechtspopulistische und rechtsextreme Strategien der Naturalisierung sozialer Ungleichheit einfügen und somit über das Potenzial verfügen, diese zu plausibilisieren und zu popularisieren. Österreich scheint uns für eine Analyse der rechtsextremen Krisenbearbeitung deshalb interessant, weil das Land zum einen auf eine lange rechtsextreme Tradition mit einer Partei zurückblicken kann, die eine starke Kraft in der parlamentarischen Demokratie ist – seit Dezember 2017 ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wieder Regierungspartei – und zum anderen, weil die Institutionen der Konsensdemokratie seit den 1970er-Jahren durchaus Gleichstellungsfortschritte durchsetzen konnten.

Nach einem kurzen Überblick über das Material, das unserer Analyse zugrunde liegt, und die Methode der Critical Frame Analysis (CFA) der Dokumente zeichnen wir einige zentrale argumentative Strategien des ‚Anti-Genderismus' in Österreich nach, bevor wir im Fazit auf die Frage der Demokratie und des Kampfes um kulturelle Hegemonie zurückkommen.

Material, Analyse und Interpretation

Den Hintergrund unserer Analysen von Anti-Gender-Diskursen bilden eine Reihe von Projekten, in denen wir in den letzten Jahren rechtsextreme und rechtspopulistische Diskurse in Österreich analysiert haben (Mayer/Ajanovic/Sauer 2014; Mayer/Šori/Sauer 2015). Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Analyse von 13 Texten zur sogenannten ‚Gender-Ideologie', die zwischen 2011 und 2015 publiziert wurden. Die ausgewählten Texte bilden sowohl die thematische Breite wie auch die unterschiedlichen Akteur_innen des ‚Anti-Genderismus' in Österreich ab. Neben rechtsextremen und rechtspopulistischen zählen in Österreich rechts-konservative und rechts-katholische Gruppen – in und außerhalb der Amtskirche – sowie die sogenannte Männerrechtsbewegung und Gruppen ‚besorgter Eltern', die v.a. gegen Sexualkunde, aber auch gegen geschlechtergerechte Sprache an Schulen mobil machten, zu den zentralen Anti-Gender Akteur_innen.[2]

Die CFA (van der Haar/Verloo 2016) erlaubt es, zentrale Bedeutungsproduktionen in den Texten herauszuarbeiten. Wir identifizierten zunächst die im Text konstruierte(n)

‚Diagnose(n)', fragten also, welches Problem im Text angesprochen und wem die Verantwortung dafür zugeschrieben wird. Die Herausarbeitung der Prognose(n) eines Textes, seiner impliziten oder expliziten Lösungsvorschläge, ermöglicht schließlich, normative Annahmen, die den Texten zugrunde liegen, herauszudestillieren. Die CFA erlaubte es somit – unbeschadet der deutlichen Differenzen an der Textoberfläche wie Themen, Schärfe der verwendeten Sprache und unmittelbare Ziele der Attacken –, gemeinsame Muster der Bedeutungsproduktion zu erfassen.
Die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001) entwickelte Konzeption populistischer Diskurse dient uns als wesentliche theoretische Brille. Durch die permanente Herstellung von Äquivalenzketten, also die Herstellung scheinbar selbstverständlicher Verbindungen zwischen partikularen politischen Anliegen, werden populistische Diskurse stabilisiert (ebd., 129), sie bleiben jedoch stets für Erweiterungen offen. Populismus basiert also auf einem „equivalential moment", der zur Herausbildung eines Antagonismus mittels eines „signifier representing the chain as a totality" führt (ebd., 39). Dieser Prozess der Repräsentation einer Totalität durch den Verweis auf *ein* partikulares Element zielt auf Hegemonie, eine Situation, in der die Partikularität als universale Repräsentation erscheint (Laclau 2005, 39f.). Bedeutungen, die das populistische ‚Wir' oder die ‚Anderen' ausmachen, werden als „leerer Signifikant" bezeichnet, weil sie die Verbindung zur partikularen Forderung verlieren (ebd., 40).
Der Angriff auf Gleichstellungspolitiken und auf die Liberalisierung von Sexualitätsregimen wird so als ein zentraler Schauplatz in den aktuellen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie lesbar. In Anlehnung an Stuart Halls Begriff des „autoritären Populismus" (Hall 1985) lässt sich dieser analytische Rahmen konkretisieren: Die von Hall analysierte Krise der 1960er- und 1970er-Jahre führte zu einem Aufbrechen des „corporatist consensus" und der sozialdemokratisch geprägten Regierungsweise der Nachkriegszeit. Unter dem Druck eines neoliberalen autoritären Elitenprojekts und eines „populist groundswell from below" (ebd., 2) erodierte diese auf Konsens und Ausgleich von Klasseninteressen ausgerichtete Form kapitalistischer Regulierung. Hall verweist auch darauf, dass das populistische Aufbegehren ‚von unten' häufig die Form von „moral panics" annahm, „around such apparently non-political issues as race, law-and-order, permissiveness and social anarchy" (ebd.). In den aktuellen multiplen Krisen lässt sich eine vergleichbare Strategie erkennen, die sich an den – freilich aus feministischer und queerer Perspektive alles andere als unpolitischen – Fragen von Sexualität, Geschlecht und Familie zuspitzt bzw. auf diese hingedeutet wird. Im Fall der Anti-Gender-Diskurse ist es der Begriff *Gender*, in dem die unterschiedlichen Anliegen – von der Beibehaltung des generischen Maskulinums in der Sprache, über die Privilegierung traditioneller Familien mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, bis zum Verbot der Abtreibung, aber auch der Hass auf Migrant_innen oder auf politische Eliten – zusammenlaufen. Im Folgenden stellen wir fünf zentrale Frames dar, die den leeren Signifikanten *Gender* konstituieren, um das Potenzial der rechtspopulistischen Hegemoniekonstruktion auszuleuchten.

Guter Feminismus – gefährlicher ‚Genderismus'

Aktuelle Anti-Gender-Diskurse lassen sich als neue Artikulationsform des ‚alten' Antifeminismus fassen, die diesen nicht ablösen, sondern seine Reartikulation in einem neuen Kontext ermöglichen. Wir teilen damit die Beobachtung von Andrea Maihofer und Franziska Schutzbach (2015), die eine

> *Verschiebung* von antifeministischen zu sogenannten ‚antigenderistischen' Diskursen feststellen. Diese richten sich im Unterschied zum klassischen Antifeminismus nicht mehr primär gegen die Frauenbewegung und ihre Forderungen und Errungenschaften, sondern gegen die Geschlechterforschung und insbesondere das mit dem *Gender*-Begriff verbundene dekonstruktivistische Verständnis von Geschlecht. (Maihofer/Schutzbach 2015, 202; vgl. insgesamt Hark/Villa 2015)

Unser Material verweist allerdings *auch* auf die Kontinuitäten und Verflechtungen der beiden Diskursstränge, an denen sich auch die Divergenz zwischen ‚anti-genderistischen' Selbstbeschreibungen und den (nur scheinbar bruchlos daraus folgenden) politischen Forderungen und Positionen zeigen lässt. Folgen wir zunächst den expliziten Argumenten zum Verhältnis von ‚Feminismus' und ‚Genderismus' im Verständnis seiner Gegner_innen, so ist die rhetorische Abgrenzung zwischen (legitimem) Feminismus und gefährlichem ‚Genderismus' zentral. Diese Grenze wird in unterschiedlicher Form gezogen: zum einen als zeitliche und räumliche Grenze – früher bzw. in anderen Gesellschaften existierende ‚wirkliche' Benachteiligung von Frauen erforderte feministisches Engagement, heute, nachdem Gleichberechtigung längst erreicht sei, habe der destruktive ‚Genderismus' Einzug gehalten (u.a. Unterberger 2015). Die Grenzziehung erfolgt zum anderen entlang der Frage von Zielen und Mitteln – Gleichberechtigung sei „viel zu wichtig, um wertvolle Ressourcen für solch rückständige Fehlentwicklungen (wie die ‚abstrusen und schon lange überholten Gender-Theorien') zu missbrauchen", so die Studierendenorganisation der FPÖ, der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) (o.J.). Schließlich werden im Anti-Gender-Diskurs einzelne feministische Forderungen – insbesondere jene nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit (u.a. Kirche in Not o.J.) – durchaus bejaht, um sogleich hervorzuheben, dass ‚Genderisten' sich nicht dafür einsetzten. So wird zudem die Differenzierung zwischen ‚den' Frauen und ihren legitimen Anliegen einerseits und dem „totalitären Machtanspruch einer kleinen Gruppe radikaler Frauen" andererseits hergestellt (Unterberger 2015).

‚Anti-genderistische' Kritik erweist sich als spezifische (Fehl-)Deutung dekonstruktivistischer und queer-feministischer Theoriebildung. So definierte das damalige Mitglied des Europäischen Parlaments Ewald Stadler[3] ‚Gender-Ideologie' als „die verrückte Vorstellung, dass die persönliche menschliche Freiheit erst dann gewährleistet ist, wenn man sich die eigene Geschlechtsidentität nicht auch noch von der Natur aufzwingen lässt" (Stadler 2014). In vergleichbarer Weise greift auch die FPÖ die Idee der ‚Konstruktion' von Geschlecht an:

> Geschlechteridentität sei (…) keine biologische Tatsache, sondern das Ergebnis eines aufgezwungenen Lernprogramms. Schon 1949 hat Simone de Beauvoir (…) die ‚ideologische Hypothese' vorgegeben, wonach das Geschlecht eine soziale und kulturelle Konstruktion sei. Innerhalb der feministischen Frauenforschung ist diese These bereits zu einer unangefochtenen Grundüberzeugung geworden. (FPÖ 2013, 135)

Und wohin das führe, weiß Werner Reichel[4] – in eine „möglichst einförmige geschlechtslose Gesellschaft mit möglichst schwach ausgeprägten familiären Strukturen und Bindungen" (Reichel 2015, 100) oder – in den Worten von Georg Immanuel Nagel[5] – zum „neuen geschlechtslosen, aber dauergeilen Multi-Sex-Menschen der Gender-Verwirrung" (Nagel 2015). Deutlich lässt sich auch der von Maihofer und Schutzbach konstatierte Fokus auf die akademischen Gender Studies in vielen österreichischen ‚anti-genderistischen' Angriffen belegen. Der Vorwurf, Geschlechterforschung sei „Ideologie und keine Wissenschaft" (Ring Freiheitlicher Studenten o.J.), findet sich in beinahe allen einschlägigen Publikationen (u.a. Kirche in Not o.J.). Häufig wird dieser Vorwurf mit diffamierenden, oft homophoben bzw. lesbenfeindlichen Angriffen auf bekannte Theoretiker_innen angereichert, allen voran Judith Butler (u.a. Pekarek 2011). Schließlich wird allen Gender-Forscher_innen unterstellt, sie würden die Universitäten in totalitärer Weise beherrschen (u.a. Unterberger 2015; Reichel 2015).

Alles ganz natürlich …

Aus den oben skizzierten Angriffen lässt sich folgern, dass

> (…) die Kritikerinnen von Gender gewissermaßen verstanden (haben), dass der Begriff auf die – im weitesten Sinn – soziale Beschaffenheit von Geschlecht zielt und damit eine naive simplifizierende Vorstellung von Geschlecht als naturhafte, unveränderliche, an-sich-so-seiende Tatsache jenseits sozialer, kultureller und spezifisch historischer Bedingtheiten überwindet (Hark/Villa 2015, 7).

Diese radikale Form der Infragestellung von Geschlecht als ‚an-sich-so-seiende Tatsache' und Grundlage von Gesellschaft und Politik ist bis heute auch innerhalb von Geschlechterforschung und feministischen Bewegungen umstritten. Lesarten dieser Theorien, die etwa Butlers (1991) Rekonstruktion der (gewaltförmigen) Konstruktion ‚richtigen' Frau- bzw. Mann-Seins als Propagierung einer voluntaristischen ‚freien Wahl' der Geschlechtsidentität unter Missachtung der Materialität menschlicher Körper (miss-)verstehen, finden sich auch in feministischen Debatten (vgl. dazu die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven formulierten Kritiken in Duden 1993; Bourdieu 2005, 178; Alaimo/Hekman 2008). Dennoch könnte der Unterschied zwischen diesen kritischen Interventionen aus der Geschlechterforschung einerseits und dem ‚Anti-Genderismus' kaum größer sein. Letzterer formuliert keine Kritik – die ja auf intensiver Auseinandersetzung mit dem kritisierten Gegenstand basiert –, sondern eine Diffamierung und setzt dem wissenschaftlichen Diskurs eine alltagsweltliche Vorstellung von Geschlecht als ‚Natur', d.h. als biologisch gege-

benes Schicksal entgegen. Häufig wird daher die alltagsweltliche Vorstellung von Naturwissenschaften als eindeutige, objektive und unhinterfragbare Autorisierungsinstanz angerufen. So hält etwa der katholische Verein Kirche in Not fest:

> Allerdings stellt die Genderforschung ihre angebliche ‚Wissenschaftlichkeit' von vornherein selbst in Frage, indem sie die Erkenntnisse der Naturwissenschaften vielfach ignoriert, allen voran die der Biologie (…): Biologen konnten nachweisen, dass Männer und Frauen in bestimmten Bereichen grundverschieden sind. (Kirche in Not o.J., 12)

Die Berufung auf die Wissenschaft, die sich in ganz ähnlicher Form in vielen Texten findet (u.a. Ring Freiheitlicher Studenten o.J.; Reichel 2015, 105f.), zeigt nicht zuletzt in ihrer Ignoranz gegenüber kritischen Erkenntnissen der Biologie (u.a. Voss 2010; Ainsworth 2015) ihren strategischen Charakter – sie soll lediglich die dem Alltagsdenken entstammende und diesem daher unmittelbar einsichtige ‚Natur' des Geschlechts argumentativ überhöhen. Es wird gerade keine wissenschaftliche Auseinandersetzung gesucht, sondern der unmittelbare Anschluss an den Alltagsverstand wird gegen eine ins Lächerliche verzerrte Lesart dekonstruktivistischer Geschlechter-Vorstellungen ins Feld geführt. So erklärt etwa Edith Pekarek,[6] dass die ‚Gender-Ideologie'

> (…) die Realität der Zweigeschlechtlichkeit in den Bereich der Irrealität (verweist) und (...) mehrere Geschlechter und deren Austauschbarkeit (behauptet). (...) Kein vernünftiger Mensch wird dieser Auffassung folgen. Sie widerspricht den eigenen Erfahrungen und den Erkenntnissen der Biologie. (Pekarek 2011)

Mit vergleichbaren Strategien findet in beinahe allen ‚anti-genderistischen' Publikationen eine Re-Naturalisierung von Geschlecht statt, die sich selbst nicht als Position innerhalb eines grundsätzlich offenen Diskurses, sondern als unumstößliche Wahrheit geriert und dementsprechend aggressiv gegen anderslautende Positionen agiert.

Alles Gender!

Den Vertreter_innen des ‚Anti-Genderismus' geht es schließlich sowohl um die Verteidigung der ‚natürlichen' in der Ehe kodifizierten Heterosexualität als einzig akzeptable Form von Sexualität wie auch um die Bestätigung der hierarchischen Geschlechterordnung:

> Für die Genderisten gibt es keinerlei Geschlechtsidentitätsstörungen, sondern jegliche sexuelle Orientierung gilt ihnen als gleich gut und sollte daher auch ausgelebt werden. Damit stellen die Vertreter der Gender-Ideologie Naturgesetze infrage, die seit Menschengedenken Gültigkeit haben, wonach die beiden biologischen Geschlechter aufeinander bezogen (…) sind. (Kirche in Not o.J., 4)

Hier wird das politische Ziel des Anti-Gender-Diskurses, nämliche die Re-Naturalisierung sozialer Ungleichheitsverhältnissen bereits deutlich. Seine politische Bri-

sanz gewinnt dieser Diskurs allerdings aus einem weiteren diskursiven ‚Trick', der in der Gleichsetzung der oben angeführten (Miss-)Interpretation eines dekonstruktivistischen ‚Gender'-Begriffs mit *allen* Formen gleichstellungsorientierter Politiken und allen Formen feministischer, queerer oder LGBTIQ-Bewegungen besteht. Begrifflich wird dabei am Gender Mainstreaming[7] angesetzt, das sich als „offizielles Ziel" die „Gleichstellung der Geschlechter und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit" auf die Fahnen schreibe, während es als „hidden agenda (…) die Zerstörung der Identitäten – sowohl in gesamtgesellschaftlicher, kultureller Hinsicht als auch auf individuell-geschlechtlicher Ebene" anstrebe (FPÖ 2013, 135f.; vgl. auch Pekarek 2011; Stadler 2014; Zeitz 2015).

In vergleichbarer Weise werden von ‚anti-genderistischen' Akteur_innen beinahe beliebig weitere Themen, die im weitesten Sinn mit Geschlechterverhältnissen und/oder Sexualität zu tun haben, unter ihrem spezifisch gefassten ‚Gender'-Begriff subsumiert wie beispielsweise die Öffnung der Ehe und des Adoptionsrechts für lesbische und schwule Paare (Stadler 2014), geschlechtersensible Pädagogik und Sexualkundeunterricht (FPÖ 2013; Nagel 2015), geschlechtergerechte Sprache und Anti-Diskriminierungsgesetze (Pekarek 2011), Abtreibung (Katholisches Info 2015), die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe (Unterberger 2015), Versuche, den Gender Pay Gap zu schließen (Reichel 2015), die Pride-Parade, der Life Ball und der Eurovision Songcontest (Zeitz 2015) sowie die bereits oben angeführte akademische Genderforschung.[8]

An dieser assoziativen Verkettung disparater Anliegen zeigt sich, wie der leere Signifikant *Gender* die Konstruktion einer Äquivalenzkette erlaubt (Laclau/Mouffe 2001, 129), die ihrerseits die Grundlage diskursiver und konkreter Allianzen zwischen unterschiedlichen Akteur_innen bildet. ‚Gender' ist in diesem Fall der Schlüsselbegriff, an den sowohl der Vorwurf der versuchten „Abschaffung von Geschlecht" (FPÖ 2013) wie auch der – inhaltlich eigentlich gegenläufige – der „Männerdiskriminierung" (Männerpartei 2015; Unterberger 2015) gekoppelt wird. Gender dient damit als Kampfbegriff gegen *jede* Form von gleichstellungsorientierten und anti-diskriminatorischen Aktivitäten. Verbindendes Element ist die generelle Ablehnung der Infragestellung heterosexistischer und traditionell-patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Gerade eine gewisse thematische Beliebigkeit des ‚anti-genderistischen' Diskurses stellt seine Anpassungsfähigkeit und ständige Erweiterbarkeit sicher, die sich auf der Ebene der Akteur_innen als Fähigkeit zur Allianzbildung widerspiegelt (Mayer/Sauer 2017).

Hidden Kommunismus

Plausibilisiert werden diese Äquivalenzketten durch Argumentationen, die „die Genderisten" (Kirche in Not o.J.; Reichel 2015, 103; Unterberger 2015) oder – ausnahmsweise weiblich gedacht – „die Hardcore-Genderistinnen" (Reichel 2015, 106) als verschwörerisch steuernde, machtvoll-hierarchische Instanz präsentieren:

> ‚Gender Mainstreaming' soll im ‚Top-Down-Prinzip' durchgepeitscht werden. Das bedeutet, dass auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen alle Entscheidungen einer von der Spitze vorgegebenen Maxime unterworfen werden und einem gänzlich undemokratischen Vorgehen unterliegen. (FPÖ 2013, 135f.)

Gelernt haben die neuen Feind_innen von Anstand, Moral und bürgerlicher Ordnung ihr Handwerk laut FPÖ bei den alten Gegner_innen bürgerlicher Ordnung:

> Diese Strategie findet ihren Ursprung im Wesen der marxistisch-leninistischen Kaderpartei (...). Was der Marxismus-Leninismus als Konspiration versteht – also seinen ‚historischen Auftrag' zu verschleiern, um verdeckt an das ideologische Ziel zu geraten –, betreiben die ‚TheoretikerInnen' des ‚Gender Mainstreaming' als ‚hidden agenda'. (Ebd., 136)

Auch Reichel (2015) entdeckt in Marx den „geistige(n) Übervater" (ebd., 108) der Gender Studies und Pekarek versteht – alten anti-feministischen Begrifflichkeiten verhaftet – Feminismus als „Klassenkampf auf der Ebene der Sexualität" mit dem Ziel der „Abschaffung der Klasse des Geschlechts" (Pekarek 2011). Nach Reichel erweitere die „Gender-Ideologie" den „sozialistische(n) Gleichheitswahn (…) auf die biologische Sphäre" und sei daher „ein neuer, vielleicht sogar der letzte, Versuch der Sozialisten, ihre Visionen von einer Gesellschaft ohne Unterschiede zu schaffen" (Reichel 2015, 100). Der Bezug auf die vermeintlich kommunistische oder sozialistische Tradition der ‚Gender-Ideologie' ist keine Besonderheit des österreichischen Diskurses, sondern findet sich in vergleichbarer Form in Deutschland mit Bezug auf die DDR (vgl. Heft 2015) sowie in post-sozialistischen Ländern (Graff/Korolczuk 2017; Kuhar 2017).
Auch in diesem Deutungsmuster sind die diskursiven Verbindungen assoziativ und lose gespannt, sodass flexible (und manchmal überraschende) Verkettungen möglich sind. Die Verbindung von Conchita Wurst,[9] der Gewinnerin des European Songcontests, EU-Bürokratie und Sozialismus bzw. Kommunismus in der Figur der „Gender-Ideologie" erfüllt mehrere Funktionen: Sie dient – wie auch die Verwendung des ‚Ideologie'-Begriffs, der in einem alltagsweltlichen Verständnis als Gegenteil von ‚Objektivität' und als Verzerrung der Realität definiert wird – der Plausibilisierung des „totalitären", einschränkenden und unterdrückenden Charakters von *Gender* (vgl. auch Initiative wertvolle Sexualerziehung o.J.; Abtei Mariawald 2014[10]). Gleichzeitig gelingt damit eine diskursive Volte, in der die Ablehnung von *Gleichheit* mit dem, im aktuellen diskursiven Arsenal rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen gängigen, anti-elitären Affekt verkoppelt wird.

Abendland am Ende?

Ein letzter wesentlicher diskursiver Mechanismus, der bislang (noch) nicht von allen Akteur_innen des österreichischen ‚Anti-Genderismus' aufgegriffen wurde, stellt die „moral panics" (Hall 1985, 2) um Fragen von Geschlecht und Sexualität in den Kontext eines umfassenden Angriffs auf die europäischen Gesellschaften. Als Vehi-

kel dient die Verknüpfung der Anti-Gender-Debatte mit etablierten anti-muslimisch rassistischen Diskursen (Dietze 2015; Hark/Villa 2017): Der monolithisch gedachte Islam, der im rechten Weltbild den zentralen äußeren Feind darstellt, wird als Profiteur des ‚Genderismus' imaginiert. So wird dem Islam intrinsischer Sexismus und Homophobie zugeschriebenen, und muslimische Männer werden als übersexualisiert präsentiert – vermeintliche Tatsachen, die die ‚Genderisten' ignorierten. Außerdem werden den ‚Genderisten' niedrige Geburtenraten und das Ende europäisch-männlicher Wehrhaftigkeit, die der angeblichen islamischen Eroberung Europas in die Hände spielen, angelastet (Reichel 2015, 124f.). Auch werden Übereinstimmung zwischen ‚Gender-Ideologie' und Islam ausgemacht (Zeitz 2015): ‚Der' Islam und die Vertreter_innen einer von Zeitz herbeifantasierten „Schwulenkultur" unterstützten sich gegenseitig trotz völlig entgegengesetzter Werte: „Schließlich sitzen Schwule und Moslems als Begünstigte der Antidiskriminierungsgesetzgebung im gleichen Boot." (Ebd.)

Und Antidiskriminierungsgesetze wiederum gelten – ebenso wie geschlechtergerechte Sprache und der Begriff Homophobie – im Anti-Gender-Diskurs als Werkzeuge der Unterdrückung, mit denen abweichende Meinungen mundtot gemacht werden sollen (Kirche in Not o.J.; Pekarek 2011; Abtei Marienwald 2014). An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass es dem Anti-Gender-Diskurs im Kern darum geht, ein Recht auf Diskriminierung und Dominanz zu etablieren. In jenen Fällen, in denen zu diesem Zweck eine explizite Verknüpfung mit anti-muslimischem Rassismus vollzogen wird, dient dies der Dramatisierung – etwa, wenn Andreas Unterberger behauptet, dass Muslime_Muslimas „auf Grund demographischer Fakten in einigen europäischen Ländern noch in diesem Jahrhundert" die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden (Unterberger 2015, 149). Durch diese Beschwörungen des unmittelbar bevorstehenden Untergangs des christlichen, abendländischen Europas wird gemäß der Logik rechtspopulistischer antagonistischer Äquivalenzketten jeder noch so kleine Beitrag zum Kampf gegen den ‚Genderismus' zu einer Frage des Überlebens europäischer Gesellschaften.

Fazit: Anti-Gender-Diskurse, Ungleichheit und die Unmöglichkeit von Demokratie

Drei diskursive Strategien, die in den anti-genderistischen Deutungsmustern kondensiert sind – die Re-Naturalisierung geschlechtlicher und sexueller Ungleichheitsverhältnisse, die sich auf den Alltagsverstand wie auch auf die Autorisierungsinstanz Wissenschaft beruft (1), die Flexibilität der Themen und der Kooperation von Akteur_innen (2) sowie die Konstruktion als totalitäre Ideologie (3) – tragen zur aktuellen Konjunktur des anti-genderistischen Diskurses bei. Alle drei Dimensionen fügen sich in aktuelle rechtsextreme, rechtspopulistische bzw. sogenannte neurechte, autoritäre, anti-demokratische Strategien ein. Dies wollen wir abschließend argumentieren.

Die Behauptung einer „natürlichen Ungleichheit" der Menschen stellt den Kern rechtsextremer Ideologien dar (vgl. Schiedel 2007; Bailer-Galanda o.J.). Das bringt Rechtsextremismus in Konflikt mit grundlegenden Ideen des politischen Liberalismus – u.a. der Idee universeller Menschenrechte und bürgerlicher Gleichberechtigung –, mit deren neo-liberaler Fassung in Form von Diversity und Selbstmanagement und (erst recht) mit emanzipatorischen Bewegungen, die, innerhalb des liberal-demokratischen Rahmens und über diesen hinaus, Gleichheit im Sinne gleicher Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen einklagen. Wenn die FPÖ davon spricht, dass „Frau und Mann verschiedenartig und dabei gleichwertig" seien (FPÖ 2013, 137), ist die Verschiebung von ‚Gleichheit' und ‚Gleichberechtigung' zur ‚Gleichwertigkeit' keine semantische Kleinigkeit, sondern Rechtfertigung von Ungleichheit. ‚Frau' und ‚Mann' sind hier keine Individuen, deren Unterschiedlichkeit in ihrer Einzigartigkeit begründet wäre, sondern Kollektivsubjekte, bei denen die angebliche ‚Verschiedenartigkeit' mit der vermeintlichen Homogenität der beiden geschlechtlich bestimmten Gruppen korrespondiert.

Der Anti-Gender-Diskurs entpuppt sich damit als Vehikel, um die Idee der ‚natürlichen Ungleichheit' der Menschen im öffentlichen Diskurs zu festigen: Mittels der – scheinbar wissenschaftlich begründeten und dem Alltagsverständnis unmittelbar einleuchtenden – Ablehnung dekonstruktivistischer Vorstellungen von Geschlecht lässt sich ein zentrales Element rechtsextremer Ideologie in zustimmungsfähiger Art und Weise artikulieren. Die (scheinbar) anti-elitäre Wendung gegen ‚die da oben' – seien dies krypto-marxistische Genderprofessorinnen oder die EU-Bürokratie – macht zudem die Ablehnung von Gleichheit und Gleichberechtigung zum Teil des populistischen Kampfes für ‚den kleinen Mann' oder auch für die ‚kleine Frau', die beide von den ‚Genderisten' schlicht ignoriert würden.

Damit wird eine biologistische Differenzlogik – hier mit Bezug auf Geschlecht und Sexualität – etabliert, die im rechtsextremen Diskurs in äquivalenter Weise auf Ethnizität (das ‚Volk') bezogen wird. Für rechtsextreme Akteur_innen handelt es sich daher beim ‚Anti-Genderismus' um einen wesentlichen strategischen Bestandteil des umfassenden Angriffs auf den – seit dem Zerfall des real-existierenden Sozialismus – zum Hauptfeind aufgestiegenen Liberalismus.[11] Durch die ‚neu-rechte' Aneignung des Gramscianischen Begriffs der *kulturellen Hegemonie* hat der modernisierte und populistisch gewendete Rechtsextremismus auch die Bedeutung von Diskursen und der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren erkannt. ‚Anti-Genderismus', als ein in religiösen und konservativen Kreisen breit geteilter und wirksamer Diskurs, bietet sich daher als Instrument an.

Die Ideologie der ‚natürlichen Ungleichheit' wendet sich zunächst gegen die formale Gleichheit der Menschen, gegen universalistische Vorstellungen von Rechten sowie gegen Individualismus. Freilich werden diese Aspekte auch von emanzipatorischen Bewegungen kritisiert und in Frage gestellt: Der formalen politischen Gleichheit im bürgerlich-kapitalistischen Staat, die reale materielle Ungleichheit verdeckt, wird der Wunsch nach sozialer Gleichheit im Sinne gleicher Möglichkeiten entgegenge-

setzt, dem Universalismus die Forderung nach Anerkennung von Partikularität und dem Individualismus die Kollektivität politischer Organisierung und gemeinsamen Lebens. Allerdings könnten die Ziele gegensätzlicher nicht sein: Wo Emanzipationsbewegungen, wie die im ‚Anti-Genderismus' geschmähten queer-feministischen und LGBTIQ-Bewegungen, um die Möglichkeit umfassender Demokratisierung im Sinne von Selbstbestimmung und Kollektivität streiten, versuchen aktuelle rechtsextreme Strömungen die Idee der Gleichheit der Menschen zu desavouieren, Partikularität als Ungleichheit zu etablieren und Kollektivität autoritär zu wenden. In Verbindung mit (v.a. anti-muslimischem) Rassismus stellt der leere Signifikant *Gender* einen Kulminationspunkt des autoritär-hegemonialen rechtspopulistischen Projekts dar. Im ‚Anti-Genderismus' verschränken sich moralische Paniken von unten mit den autoritären Projekten rechter Eliten zu einem Kampf, der sich unmittelbar gegen die Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen und Sexualitätsregimen richtet, der aber mittelbar auf die gesamte kulturelle und öffentliche Sphäre und schließlich auf die Idee der ‚Gleichheit' als Basis jeder Vorstellung von Demokratie zielt. Linke und feministische Politiken dürfen die Bedeutung des rechten Kampfes um Hegemonie, der eben auch auf diskursiver, symbolischer und kultureller Ebene geführt wird, nicht unterschätzen. So wichtig es in der aktuellen (Krisen-)Situation ist, die ‚soziale Frage' verstärkt zu thematisieren, so fatal ist es, diese gegen eine Politik der Anerkennung von Differenzen oder gegen die sogenannte ‚Political Correctness' auszuspielen. Die Strategie des ‚Anti-Genderismus' beruht wesentlich auf Naturalisierung und auf der Inszenierung politischer Positionen als ‚Selbstverständlichkeit'. De-Naturalisierung und Dekonstruktion, das Kenntlichmachen der diskursiven Arena als Kampfplatz bleiben damit zentrale Werkzeuge feministischer und linker Kritik.

Anmerkungen

1 Der Begriff ‚Genderismus' wird ähnlich wie ‚Gender-Ideologie', ‚Gender-Theorie' oder ‚Gender-Wahn' von rechten und rechts-konservativen Akteur_innen verwendet, um Forderungen und Aktionen von Feminist_innen und LGBTIQ-Aktivist_innen zu diskreditieren. Den sogenannten ‚Genderisten' wird vorgeworfen, sie würden das Geschlecht abschaffen und damit die natürliche Ordnung zerstören wollen. Die Übernahme der Selbstbezeichnung ‚Anti-Genderismus' in analytisch-kritischer Absicht ist freilich durchaus umstritten (vgl. Hark/Villa 2015, 7; Scheele 2016).

2 Um dieses breite Spektrum abzudecken, wählten wir aus den fünf Akteur_innen-Clustern im österreichischen Anti-Gender-Feld (rechtsextreme bzw. rechtspopulistische, rechts-konservative und rechts-katholische Gruppen sowie die Männerrechtsbewegung) je 2 bzw. 3 Texte aus, die sich argumentativ bzw. programmatisch, mit Gender auseinandersetzen. Unter den ersten Cluster fallen dabei v.a. die FPÖ, ihre Vorfeld-Organisationen und Medien sowie unabhängige rechtsextreme Gruppen wie etwa die Identitären – gemeinsam ist diesen Gruppen die Verwurzelung im Deutschnationalismus. Zum zweiten Cluster zählen v.a. Gruppierungen am rechten Rand der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sowie teils relativ einflussreiche Einzelpersonen, deren extremer Konservativismus eine katholische Grundierung aufweist. Im rechts-katholischen Lager finden sich einzelne prominente Vertreter der Amtskirche, sowie eine Vielzahl kleiner Gruppierungen und Vereine sowie unabhängiger katholischer Medien – viele dieser Akteur_innen haben ihre Wurzeln im Anti-Abtreibungs-

aktivismus. Die Männerrechtsbewegung sowie Gruppen besorgter Eltern sind weniger stark institutionalisiert und werden meist eher anlassbezogen aktiv. Es handelt sich bei dieser Clusterung um eine analytische Einteilung – es bestehen vielfältige (oft von Einzelpersonen getragene) Verbindungen.

3 Stadler spielt auf Grund seiner bewegten politischen Laufbahn und breit gestreuten Kontakte eine wesentliche Rolle für den ‚Anti-Genderismus' in Österreich. Er war Funktionär der FPÖ und prägte dort die Formel vom „wehrhaften Christentum", wechselte später zu Jörg Haiders Bewegung Zukunft Österreich (BZÖ), auf deren Liste er auch ins Europäische Parlament einzog, dem er bis 2014 angehörte. Heute ist er Vorsitzender der Kleinstpartei REKOS (Reformkonservative). Von Beruf Rechtsanwalt pflegt Stadler enge berufliche und private Kontakte zu einer Reihe von Akteur_innen im politischen wie auch religiösen Konservatismus.

4 Zentrales Thema der Arbeiten des Journalisten Werner Reichel war lange das Versagen sozialdemokratischer Medienpolitik. Neben dem hier zitierten Buch „Genderismus(s)" ko-edierte er ein Buch zur Songcontest-Gewinnerin Conchita Wurst und verfasste eine Reihe von online publizierten Texten zum Thema.

5 Georg Immanuel Nagel war kurzzeitig Sprecher der glücklosen PEGIDA Österreich. Er ist regelmäßiger Autor des FPÖ-nahen Wochenblattes „Zur Zeit" sowie der neu-rechten Zeitschrift „Blaue Narzisse". 2015 gründete er die (v.a. auf Facebook bestehende) Aktionsgruppe gegen Dekadenz und Werteverfall (A-GDUW), die noch im selben Jahr im Verein Okzident aufging. Neben ‚anti-genderistischen' Aktivitäten propagiert der Verein anti-muslimischen Rassismus.

6 Edith Pekarek ist mit Vorträgen und Artikeln gegen die ‚Gender-Ideologie' v.a. in und für fundamentalistisch-katholische und rechts-konservative Gruppierungen aktiv. Sie pflegt enge (familiäre) Bindungen zu einer Reihe von relevanten rechten Organisationen und Personen.

7 Schon die erste in Österreich erschienene ‚anti-genderistische' Publikation, das Buch „MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen" (Rosenkranz 2008), behandelte dieses Thema. Die Autorin Barbara Rosenkranz war langjährige Funktionärin der FPÖ, seit Sommer 2017 ist sie bei einer Abspaltung dieser Partei, der Freien Liste Österreich (FLÖ), aktiv. Die von ihr in „MenschInnen" entwickelte Argumentation liefert bis heute die Vorlage für die Positionen der FPÖ.

8 Allerdings sind die österreichischen Anti-Genderist_innen in Bezug auf Gender-Forschung vergleichsweise uninformiert, so dass es bisher zu keinen persönlichen Angriffen gekommen ist. Generell kündigte der FPÖ-Parteiobmann Heinz-Christian Strache bereits im April 2015 an, dass es bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ kein Geld mehr für Gender Studies gäbe (Strache 2015).

9 Dies ist eine Kunstfigur, eine Frau mit Bart, die von Travestiekünstler Tom Neuwirth entwickelt wurde.

10 Bei diesem Text (nicht mehr online) handelt es sich um eine von Paul Blasel erstellte Zusammenfassung eines Vortrags von Weihbischof Andreas Laun. Laun gehört zu den prononciertesten Anti-Gender Stimmen innerhalb der österreichischen katholischen Amtskirche, die weit über Österreich hinausreicht. Zuletzt sorgte Laun im Frühling 2017 für Aufsehen, als er in einem auf dem privaten fundamentalistisch-katholischen Internetportal kath.net veröffentlichen Hirtenbrief an seine „Diözese Libertina" (eine im 7. Jahrhundert untergegangene Diözese in Nordafrika, für die Laun mit einem Titularbistum der katholischen Kirche betraut wurde) die „Gender-Ideologie" zum wiederholten Mal als „Lüge des Teufels" bezeichnete und u.a. mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn gleichsetzte (Laun 2017).

11 Offen thematisiert wird diese Frontstellung gegen den Liberalismus v.a. in sogenannten ‚neurechten' und ‚identitären' Schriften (vgl. Kaiser 2014; kritisch Rössler 2016).

Literatur

Abtei Mariawald, 2014: Gender Mainstreaming – eine Herausforderung für Familie und Gesellschaft (Zusammenfassung eines Vortrags von Bischof Andreas Laun). Internet: http://klostermariawald.de/view.php?nid=412 (15.2.2015).

Ainsworth, Claire, 2015: Sex Redefined. In: Nature 518. Internet: http://www.nature.com/news/sex-redefined-1.16943 (28.4.2016).

Alaimo, Stacy/**Hekman**, Susan (Hg.), 2008: Material Feminisms. Bloomington/Indianapolis.

Bailer-Galanda, Brigitte (o.J.): Zum Begriff des Rechtsextremismus. Internet: https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus (1.9.2017).

Bourdieu, Pierre, 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.

Butler, Judith, 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M.

Demirović, Alex, 2013: Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: Prokla 171. 43 (2), 193-215.

Dietze, Gabriele, 2015: Anti-Genderismus intersektional lesen. In: Zeitschrift für Medienwissenschaft. 13 (2), 125-127.

Duden, Barbara, 1993: Die Frau ohne Unterleib. Zu Judith Butlers Entkörperung. In: Feministische Studien. 11 (2), 24-33.

FPÖ, 2013: Handbuch freiheitliche Politik – Gender Mainstreaming. Internet: http://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf (7.10.2015).

Fraser, Nancy, 2013: Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis. London, New York.

Graff, Agniezka/**Korolczuk**, Elżbieta, 2017: Worse than Communism and Nazism Put Together: War on Gender in Poland. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality. London, New York, 175-193.

Grzebalska, Weronika, 2016: Why the War on ‚Gender Ideology' Matters – and Not Just to Feminists. Anti-Genderism and the Crisis of Neoliberal Democracy. In: Visegrad/Insight. Internet: http://visegradinsight.eu/why-the-war-on-gender-ideology-matters-and-not-just-to-feminists/ (15.9.2017).

Hall, Stuart, 1985: Authoritarian Populism. A Reply to Jessop et al. In: New Left Review. 151, 115-124.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene, 2015: „Anti-Genderismus" – Warum dieses Buch? In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): ‚Anti-Genderismus'. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 7-13.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene, 2017: Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld.

Heft, Kathleen, 2015: Der Osten Deutschlands als negative Avantgarde. Vom Kommunismus im Anti-Genderismus. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): ‚Anti-Genderismus'. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 183-199.

Initiative wertvolle Sexualerziehung, o.J.: Negative Auswirkungen der staatlichen Sexualerziehung. Internet: http://www.sexualerziehung.at/negative-auswirkungen-der-staatlichen-sexualerziehung/ (23.12.2015).

Kaiser, Benedikt, 2014: Der Hauptfeind heißt Liberalismus – Alain de Benoist im Gespräch über sein Lebenswerk, Teil 1. In: Sezession, 3.12.2014. Internet: https://sezession.de/47402/ (1.9.2017).

Katholisches Info, 2015: Katholische Frauenbewegung Österreichs im Netzwerk von Abtreibungslobby und Gender-Ideologie. Internet: http://www.katholisches.info/2015/05/10/katho-

lische-frauenbewegung-oesterreichs-im-netzwerk-von-abtreibungslobby-und-gender-ideologie/ (5.10.2015).

Kirche in Not, o.J.: Gender-Ideologie. Ein Leitfaden. Wien.

Kuhar, Roman, 2017: Changing Gender Several Times a Day: The Anti-Gender Movement in Slovenia. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality. London, New York, 215-232.

Kuhar, Roman/**Paternotte**, David, 2017: „Gender Ideology" in Movement: Introduction. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality. London, New York, 1-22.

Laclau, Ernesto, 2005: Populism: What's in a Name? In: Panizza, Franciso (Hg.): Populism and the Mirror of Democracy, London, New York, 32-49.

Laclau, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 2001: Hegemony and Socialist Struggle. Towards a Radical Democratic Politics. London.

Laun, Andreas, 2017: Hinter der Gender-Ideologie steht die Lüge des Teufels! In: kath.net., 25.3.2017. Internet: http://kath.net/news/58970 (15.9.2017).

Maihofer, Andrea/**Schutzbach**, Franziska, 2015: Vom Antifeminismus zum ‚Anti-Genderismus'. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): ‚Anti-Genderismus'. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 201-217.

Männerpartei, 2015: Landtagswahlen St+B: Die Politik erreicht die Männer nicht mehr! Internet: http://www.maennerpartei.at/landtagswahlen-stb-die-politik-erreicht-die-m%C3%A4nner-nicht-mehr (23.12.2015).

Mayer, Stefanie/**Ajanovic**, Edma/**Sauer**, Birgit, 2014: Intersections and Inconsistencies. Framing Gender in Right-Wing Populist Discourses in Austria. In: NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research. 22 (4), 250-266.

Mayer, Stefanie/**Sauer**, Birgit, 2017: „Gender Ideology" in Austria. Coalitions Around an Empty Signifier. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality. London, New York, 23-40.

Mayer, Stefanie/**Šori**, Iztok/**Sauer**, Birgit, 2015: ‚Gendering the People'. Heteronormativity and ‚Ethnomasochism' in Populist Imaginary. In: Ranieri, Maria (Hg.): Populism, Media and Education. Challenging Discrimination in Contemporary Digital Societies. London, 84-104.

McRobbie, Angela, 2010: Top Girls: Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.

Nagel, Georg Immanuel, 2015: Gender-Umerziehung. Links-grüne Kindersex-Pädagogik wird politisch gegen alle Widerstände durchgepeitscht. In: Zur Zeit. 21-22, 52-53.

Pekarek, Edith, 2011: GENDER MAINSTREAMING – Der Generalangriff auf die christliche Kultur. Internet: http://schreibfreiheit.eu/2011/08/09/gender-mainstreaming-der-generalangriff-auf-die-christliche-kultur/ (9.10.2015).

Reichel, Werner, 2015: Der Genderismus und seine Opfer. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hg.): Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft. Wien, 99-128.

Ring Freiheitlicher Studenten, o.J.: RFS-Programm. Genderwahn – Med-Uni-Wien – Quotenregelung. Internet: http://www.rfs.at/programm/ (7.10.2015).

Rosenkranz, Barbara, 2008: MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum Geschlechtslosen Menschen. Graz.

Rössler, Wolfgang, 2016: Der größte Feind der Identitären ist die offene Gesellschaft. In: NZZ, 29.4.2016. Internet: https://www.nzz.ch/identitaere-der-groesste-feind-der-identitaeren-ist-die-offene-gesellschaft-ld.1294866 (1.9.2017).

Sauer, Birgit/**Wöhl**, Stefanie, 2012: Demokratie und Geschlecht. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hg.): Demokratie in Deutschland. Wiesbaden, 341-361.

Scheele, Sebastian, 2016: Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus'? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus", Gunda-Werner Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 31.5.2016. Internet: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf (20.12.2017).

Schiedel, Heribert, 2007: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien.

Stadler, Ewald, 2014: MEP Ewald Stadler (REKOS) über Gender-Ideologie und den Linksruck der ÖVP. Internet: https://www.youtube.com/watch?v=UQK22VN5-IM (13.10.2015).

Strache, Heinz-Christian, 2015: Thema Kinder und Jugend. Internet: http://www.meinparlament.at/frage/9050/ (2.3.2015).

Unterberger, Andreas, 2015: Die Männer: verunsichert, feige und perspektivenarm. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hg.): Genderismus(s). Wien, 145-160.

van der Haar, Marleen/**Verloo**, Mieke, 2016: Starting a Conversation About Critical Frame Analysis: Reflections on Dealing with Methodology in Feminist Research. In: Politics & Gender. 12 (3) e9, 1-7. Internet: https://doi.org/10.1017/S1743923X16000386 (9.3.2017).

Voss, Heinz-Jürgen, 2010: Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive. Bielefeld.

Wimbauer, Christine/**Motakef**, Mona/**Teschlade**, Julia, 2015: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): ‚Anti-Genderismus'. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 41-57.

Zeitz, Christian, 2015: Conchita, Islam und die Homosexualisierung der Gesellschaft. Internet: http://www.andreas-unterberger.at/2015/06/conchita-islam-und-die-homosexualisierung-der-gesellschaft (8.10.2015).

Das Thema Gender im Rechtspopulismus – empirische Befunde zur Anschlussfähigkeit bei Frauen und Männern

BEATE KÜPPER

Einleitung

„Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage." Die Ablehnung von Gender Studies, des Equal Pay Day, der „geschlechterneutralen Sprache", die Propagierung eines klassischen Familien- und Rollenbildes von Vater, Mutter, Kindern gepaart mit der Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland" – diese und weitere Forderungen finden sich im Wahlprogramm der – rechtspopulistischen bis rechtsextremen – Partei Alternative für Deutschland (AfD, 2017) und waren in ähnlicher Form auch